

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

— Achtunddreißigster Jahrgang. —

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint **Mittwoch und Sonnabend** und ist durch die Expedition dieses Blattes für **1 Mark 25 Pf.** vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochblatt werden bis **Dienstag früh 9 Uhr**, für das Sonnabendblatt spätestens bis **Freitag früh 9 Uhr** erbeten. — Preis für die gespaltene Corpusspalte oder deren Raum **10 Pf.**, Inserate unter fünf Zeilen werden mit **50 Pf.** berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inserate für die Elbzeitung nehmen an in **Hohnstein Herr Bürgermeist. Hesse**, in **Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Vogler**, Invalidenbank und **Aud. Woffe**, in **Frankfurt a. M. G. L. Daube & Co.**

**N<sup>o</sup> 35.**

**Schandau, Mittwoch, den 2. Mai**

**1894.**

### Am tlicher Theil.

#### Zwangsversteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen **Anna Emilie verw. Anders** eingetragenen Grundstücke, Baurgut, a) Folium 48 des Grundbuchs, No. 96 a, 96 b, 159, 160, 161 des Flurbuchs, No. 56 des Brandversicherungskatasters für Schöna, nach dem Flurbuch 22 ha 93, a groß und mit 531, Steuerlichkeiten belegt, zur Brandversicherung mit 10 100 M. eingeschätzt, ortsgewöhnlich auf 34 180 M. gewürdet, b) Folium 158 des Grundbuchs Nr. 154 b, 158 a des Flurbuchs für Schöna, nach dem letzteren 3 ha 59, a groß und mit 40, Steuerlichkeiten belegt, ortsgewöhnlich auf 3075 M. gewürdet, beide Grundstücke in wirtschaftlichem Zusammenhange stehend und als Gesamtheit auf 37 400 M. ortsgewöhnlich gewürdet, sollen an hiesiger Gerichtsstelle zwangweise versteigert werden und es ist

**der 4. Juni 1894**  
Vormittags 11 Uhr  
als Anmeldetermin,

ferner

**der 19. Juni 1894,**  
Vormittags 11 Uhr  
als Versteigerungstermin,

sowie

**der 26. Juni 1894,**  
Vormittags 11 Uhr

als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf den Grundstücken lastenden

Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmelde-termin anzuzeigen.

Eine Uebersicht der auf den Grundstücken lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmelde-termin in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Schandau, am 30. April 1894.

**Königliches Amtsgericht.**  
Zhte.

Alt. Köhler, G. S.

#### Holzversteigerung auf Reinhardtsdorfer Forstrevier.

Im Gasthof zum Erbgericht in Krippen sollen

**Mittwoch, den 9. Mai 1894,**

von Vormittags 9 Uhr an:

2 birlene und 474 weiche Stämme, 365 weiche Sparren, 5 harte und 1840 weiche Kläger, 1363 weiche Stempel, 338 weiche Stangenkläger, 1520 weiche Verbhungen, 1100 weiche Schoalshölzer, 11 850 weiche Reisstangen, 7 rm harte und 64 rm weiche Brennweite, 19 rm harte und 201 rm weiche Brennknüppel, 3 rm weiches Brennreisig, 1,8 hdt hartes und 5,2 hdt weiches Brennreisig — aufbereitet auf dem Kohlschlage in Abth. 68 und im Einzelnen in den Abtheilungen 38, 39, 41, 42, 51, 53, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 99, 100, 101, 102, 103 und 104 — versteigert werden.

Königl. Forstrevierverwaltung Reinhardtsdorf und Königl. Forstrentamt Pirna, am 28. April 1894.

Linke.

Marshall.

### Nichtamtlicher Theil.

#### Zur Frage der Organisation der Handwerker.

Die bekannten Vorschläge zur Verbesserung und Hebung der Lage der Handwerker, welche im vergangenen Jahre vom preussischen Handelsminister v. Berlepsch der Öffentlichkeit übergeben wurden, haben seitdem noch durchaus keine sonderliche Förderung behufs ihrer Verwirklichung erfahren. Gerade in Handwerkerkreisen selbst stoßen die Berlepsch'schen Vorschläge, die, wie erinnerlich, in ihren wesentlichen Zügen auf Organisation des Handwerkerstandes zielen, vielfach auf eine absprechende Kritik, wobei aber der Standpunkt der einzelnen Interessenten ein recht verschiedener ist. Den Einen gehen die von Herrn v. Berlepsch gegebenen Anregungen noch lange nicht weit genug, es sind dies namentlich die Vorfürworter und Anhänger einer mit besonderen Vorrechten auszustattenden Innung, sie machen hauptsächlich Front gegen die von dem preussischen Handelsminister entwickelten Gedanken, weil in denselben die Einführung des Befähigungsnachweises nicht weiter berührt wird. Andererseits wollen aber auch viele Handwerker von einer Organisation ihres Standes überhaupt nichts wissen, weil sie der Meinung leben, daß doch alle Maßnahmen zur Kräftigung des Handwerkerthums dessen frühere oder spätere Aufsaugung durch den Großbetrieb nicht mehr würden hindern können; aus solchen Elementen recrutirt die Socialdemokratie vorzugsweise ihre Anhänger in den Reihen der Handwerker.

Natürlich kann gar keine Rede davon sein, daß noch heute in unserem gewerblichen wie socialen Leben einen wichtigen Factor darstellende Handwerkerthum ohne Unterstützung in seinem Verweirungskampfe mit der übermächtigen Groß-Industrie zu lassen, darüber sind die Regierungen, wie alle Socialpolitiker und Volkswirthe, welche aufrichtig das Wohl des Handwerkerstandes zu fördern wünschen, einig. Nur eben hinsichtlich der geeigneten Schritte zur Erreichung dieses Zieles gehen die Meinungen noch erheblich auseinander; jedenfalls kann das Eine als feststehend gelten, daß eine Organisation allein nicht genügt, um dem Handwerk auf die Strümpfe zu helfen, denn hierbei muß offenbar auch noch mit anderen Maßnahmen eingegriffen werden. Ebenso unrichtig wäre es jedoch, den Gedanken einer Organisation des Handwerks überhaupt als verfehlt definitiv zurückzuweisen, in unserer modernen Zeit, wo im wirtschaftlichen Dasein Alles auf die möglichste Vereinigung der Kräfte in in den einander verwandten Erwerbszweigen drängt, darf der Handwerkerstand mit solchen Bestrebungen nicht zurückbleiben. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, verdient darum der Grundgedanke der Berlepsch'schen Vorschläge unstreitig Anerkennung, weil er gleichfalls die Organisation der Handwerker will. Indessen ist einer der Hauptfehler dieser Vorschläge der, daß sie im Handwerkerthum Alles über einen Kamm zu scheeren versuchen, ohne doch zu berücksichtigen, daß die gewerblichen Verhältnisse für das Handwerkerthum mitunter recht verschieden sind. Wünscht man daher in Preußen eine wirklich lebensfähige und erfolgverheißende Organisation des Handwerkerstandes, so würde man gut thun, sich hierbei nach dem Beispiele Süddeutschlands zu richten, wo ja schon seit Jahrzehnten günstig entwickelte Formen der gewerblichen Organisation bestehen. Es ist dies in einer solchen Weise geschehen, daß einerseits jeder in das Handelsregister eingetragene Handwerker und mittlere Gewerbetreibende dabei mitwirken konnte, während andererseits diese Fürsorge zugleich der Gesamtheit der Gewerbetreibenden zu Gute zu kommen vermochte, mit einem Worte, es sind die sachgenossenschaftlichen Bestrebungen im

Handwerker- und mittleren Gewerbebestand unter Berücksichtigung der heutigen Zeitverhältnisse thatkräftig gefördert worden.

Speziell läßt sich die württembergische Regierung die pflegliche Weiterentwicklung der gewerblichen Organisation angelegen sein, wovon ein kürzlich den württembergischen Ständen zugewandener Gesetzentwurf wiederum zeugt. Derselbe will die Wahlen zur Handels- und Gewerbelammer in zwei Abtheilungen vollziehen lassen. Zur ersten Wähler-Abtheilung sollen alle im Handels-, beziehungsweise Gewerkschaftsregister eingetragenen gehören, die zweite Abtheilung würde alle übrigen Gewerbetreibenden umfassen, deren Vertreter mindestens ein Drittel der Sitze in der Handels- und Gewerbelammer reservirt sein soll. Die Vorlage bezweckt im Großen und Ganzen, die kleineren Handwerks- und Gewerbebetriebe in lebendigere Verbindung mit ihrer Gewerbelammer zu bringen, sicherlich zum Nutzen für die betreffenden Interessentenkreise.

#### Politisches.

Die Kaiserin Auguste Victoria ist mit den kaiserlichen Kindern nach Wendung ihres fast siebenwöchigen Aufenthaltes in Abbazia nunmehr nach Deutschland zurückgekehrt und hat ihre Residenz im Neuen Palais bei Potsdam genommen, woselbst in den nächsten Tagen auch dem Eintreffen des Kaisers entgegenzusehen wird. Wie verlautet, ist der Kaiserin der Aufenthalt in dem milden Szecklima Abbazias außerordentlich gut bekommen, so daß die hohe Frau neu gestärkt und gekräftigt in die Heimath zurückkehren konnte.

Die feierliche Einweihung des neuen Reichstagesgebäudes am kommenden 18. October gilt jetzt als gewiß. Der Kaiser gedenkt der Festlichkeit, die im möglichst glanzvollen Rahmen gehalten werden soll, beizuwohnen und persönlich die mit der Einweihungsfeier verbundene Schlusssteinlegung zu vollziehen.

Die wirtschaftspolitischen Debatten, deren Schauplatz der Reichstag wie das preussische Abgeordnetenhaus in den letzten Monaten bei verschiedenen Anlässen wiederholt gewesen sind, haben jetzt im preussischen Herrenhause einen lebhaften Nachklang gefunden. Bei der Generaldiscussion des Herrenhauses über den Etat vom Freitag erörterte Graf Mirbach die Frage, ob sich das Reich mit landwirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen habe. Der genannte conservativ-vortrühler stellte sich hierbei auf seinen bekannten extrem-agrarischen Standpunkt, unternahm scharfe Ausfälle gegen den „neuen Kurs“ wegen dessen Handels- und Wirtschaftspolitik und betonte namentlich, daß die Erklärung des Reichskanzlers Grafen Caprivi, das Reich sei in der Sorge für die Landwirtschaft nicht competent, in landwirtschaftlichen Kreisen die größte Erbitterung hervorgerufen habe. Der Redner versuchte dem gegenüber darzutun, daß Art. 4 der Reichsverfassung die Reichsregierung gar wohl berechtige und verpflichte, der Landwirtschaft eine sehr wesentliche Fürsorge zu widmen, und wünschte er dann, die preussische Regierung möge nach dieser Richtung hin ihren Einfluß auf die Reichsbehörden geltend machen. Graf Kinkowström, ebenfalls ein Mitglied der Rechten, äußerte sich in ähnlichem Sinne, wie Graf Mirbach, nur, daß er zugleich das Reich beschuldigte, in Fragen einzugreifen, die gar nicht zu seiner Competenz gehörten. In seiner Erwiderung wies der Ministerpräsident Graf Zulenburg die

Angriffe der beiden conservativen Redner auf den Reichskanzler und dessen Politik zurück und ersuchte die Herren, ihre Klagen im Reichstage vorzubringen. Die weitere Discussion, in welcher Eisenbahnminister Thielen, die beiden schon genannten conservativen Herren, das gleichfalls conservativ Herrenhausmitglied v. Bamberg-Flammersheim, liberalerseits aber die Oberbürgermeister Bender und Bräseke sprachen, gestaltete sich vorwiegend zu einer neuen Auflage der früheren Parlamentsdebatten über die Handelsverträge, Aufhebung der Staffeltarife u. s. w., wobei die Gegensätze zwischen rechts und links wiederum scharf aufeinander prallten. — Vor dieser Debatte hatte das Herrenhaus die Secundärbahn-Vorlage berathen und schließlich unverändert angenommen.

Das Schicksal der weitläufigen Vorlage der gegenwärtigen Landtagsession in Preußen, des Entwurfes über die Landwirtschaftskammern, ist fortwährend unsicher. Die Commission des Abgeordnetenhauses konnte sich über die an sie zurückverwiesenen Paragraphen, betr. das Wahlverfahren, nicht einigen, kommt aber hierüber keine Verständigung zu Stande, so scheidet voraussichtlich das ganze Gesetz. Die Commission ist am Freitag resultatlos auseinander gegangen.

Der internationale Arbeiterfeiertag ist mit dem 1. Mai wieder einmal vorübergegangen. „Viel Geschrei und wenig Wolle“, so dürfte es indessen auch von der diesmaligen Mäseier des „Proletariats“ heißen. Wenigstens bei uns in Deutschland hat man die Versammlungen, welche an die erstmalige Mäseier der Arbeiterschaft vielfach angeknüpft wurden, längst bei Seite geworfen, seitdem es sich herausstellte, daß der „erste Mai“ lediglich das Gewand einer harmlosen Demonstration trägt. Auch die heutige Mäseier hat sich, wie nicht anders zu erwarten, vollständig im Rahmen der öffentlichen Ruhe und Ordnung bewegt, hierfür bürgte schon der ruhige, allen politischen und sonstigen Ausfährungen abholde Sinn, der dem deutschen Arbeiter im Allgemeinen eigen ist.

Die Samoafrage macht wieder einmal viel Rumor. Gegenüber den von der neuseeländischen Regierung in London gemachten Vorschlägen, wonach Neuseeland Samoa gegen eine festzustellende Entschädigung der Ansprüche Deutschlands und Nordamerikas aneignen will, soll sich Kaiser Wilhelm in einer an das Berliner Anwärteramt gerichteten Willensäußerung bestimmt dahin ausgesprochen haben, daß von einem Verzicht Deutschlands auf Samoa keine Rede sein könne. Ferner wird berichtet, daß bei dem Vortrage welchen der Staatssecretär des Auswärtigen Freiherr v. Marshall dem Kaiser in Karlsruhe gehalten, die Samoa-Angelegenheit den Hauptgegenstand gebildet habe. Weiter heißt es, daß wegen Samoas Unterhandlungen zwischen den drei beteiligten Mächten eingeleitet worden seien, was vermuthlich zu dem ferneren Gerüchte Anlaß gegeben hat, es solle eine neue Samoa-Conferenz einberufen werden. Inzwischen bringt der transatlantische Telegraph die Nachricht, Präsident Cleveland wolle, allgemeiner Annahme zufolge, die gänzliche Zurückziehung Nordamerikas aus Samoa beim Congreß befürworten. Sollte sich diese Meldung bestätigen und sollte weiter der amerikanische Congreß auf die Anregung Cleveland's eingehen, so wäre für eine befriedigende Lösung des Samoa-Problems schon viel gewonnen, Deutschland und England würden sich mit einander gewiß endgiltig verständigen, wenn erst „Bruder Jonathan“ als Mitconcurrent auf Samoa von der Bildfläche verschwunden